

Nachgefragt

Welche Folgen hat Liechtenstein?

Über die Liechtenstein-Steuersünder sprach unser Redaktionsmitglied Jürgen Peche mit dem Leiter des Studiengangs Steuer- und Revisionswesen an der Hochschule Pforzheim, Professor Markus Mink. Ist eine Geldanlage in Liechtenstein illegal?

Mink: Geld dort anzulegen ist legal, auch wenn es sich um eine Steueroase handelt. Die Anlage muss dann natürlich bei der Steuererklärung in Deutschland deklariert werden. Dann wird der geringe Steuersatz von Liechtenstein auf den deutschen Steuersatz hochgeschleust.

Das hat Zumwinkel wohl nicht getan?

Mink: Er hat wohl nicht eingesehen, dass er auf „totes Geld“ nochmals Steuer zahlen sollte. Wenn aber mit bereits versteuertem Einkommen Zinseinkünfte erzielt werden, sind diese wiederum steuerpflichtig. Dies ist auch richtig, denn im anderen Fall würden die Leute nur noch Geld zinsbringend anlegen und es arbeiten lassen.

Wie funktionieren diese Steueroasen denn?

Mink: Liechtenstein, Monaco, aber auch Luxemburg gelten als Steueroasen, das bedeutet, Steuern auf Zinsen sind vergleichsweise niedrig oder fallen überhaupt nicht an. Da kommen die Leute auf



MARKUS MINK ist Professor für Steuerwesen an der Hochschule Pforzheim. Foto: PK

die Idee, ihr Geld in diesen Ländern anzulegen, am deutschen Fiskus vorbei. Nach der EU-Zinsrichtlinie müssen diese Staaten Kontrollmitteilungen nach Deutschland schreiben, wenn ein Steuerausländer Zinsen aus einer Geldanlage erhält. Liechtenstein und andere dürfen noch auf Kontrollmitteilungen verzichten, wenn statt dessen 20 Prozent Steuer einbehalten wird. Diese geht dann zu 75 Prozent an den Wohnsitzstaat des Anlegers.

Schützt eine Selbstanzeige von Steuersündern denn vor Strafe?

Mink: Selbstanzeige ist ein probates Mittel, um der Strafe zu entkommen und um Geld zu sparen. Oft wird nämlich bei Steuerhinterziehung nur eine Geldstrafe verhängt, die mindestens ein Viertel der nachzuzahlenden Steuer beträgt.

Wie lange kann man sich denn selbst anzeigen?

Mink: Wenn die Tat dem Finanzamt schon bekannt ist, nicht mehr. Wer in Liechtenstein Geld angelegt hat und auf dieser CD steht, sollte nicht länger mit der Selbstanzeige warten. Eine straffbefreiende Selbstanzeige ist auch dann ausgeschlossen, wenn der Betriebsprüfer erscheint.

Ist Steuerhinterziehung unmoralisch?

Mink: Wer wie Zumwinkel 15 000 Arbeitsplätze bei der Post abschafft, Billiglohngruppen einführt und nur noch befristete Verträge mit seinen Arbeitnehmern zulässt, der dafür sorgt, dass seine Leute kaum noch ohne Zweitjob auskommen, der darf so was nicht tun. Anders als viele seiner Mitarbeiter kann Zumwinkel nicht sagen, er kann seine Familie nicht ernähren und seinen Kindern nichts vererben.

Finanzamt: Noch keine Liechtenstein-Sünder

pec. Die Steuerfahndung am Finanzamt Pforzheim ist bislang nicht auf die Jagd nach Liechtenstein-Steuersündern (siehe „Nachgefragt“) gegangen. Dies bestätigte gestern auf Anfrage der Leiter des Finanzamts Pforzheim, Kurt Wohlrath. Es seien bislang auch keine Selbstanzeigen in diesem Zusammenhang eingegangen. „Die Dinge dauern manchmal etwas“, so Wohlrath. In der Regel fänden in solchen Fällen zunächst Gespräche von Mandanten bei ihren Steuerberatern statt. Aber auch danach dürfe man nicht mit zu viel rechnen. So habe das Strafbefreiungsgesetz von 2004 bis 2005 in Pforzheim ganze 100 straffbefreiende Erklärungen gebracht und auch bundesweit wurden die Erwartungen an Steuerreinigungen weit verfehlt, so der Finanzamtschef.



Warnstreik vor dem Rathaus: Für eine bessere Bezahlung im öffentlichen Dienst demonstrierten gestern Mittag auf dem Marktplatz rund 250 Beschäftigte der Stadt Pforzheim, des Landratsamtes Enzkreis und aus Mühlacker. „Jeder merkt, dass es im Geldbeutel knapp wird“, meinte Gesamtpersonalratsvorsitzender Manfred Müller auf die Frage nach der Stimmung unter den Beschäftigten. Verdi-Sekretärin Amely Poll erklärte, mit dem dreistündigen Warnstreik setze man ein erstes Signal. Mit weiteren Streiks ist in Pforzheim nach Angaben der Gewerkschafterin erst wieder im April zu rechnen, falls es bei den Tarifverhandlungen zu keiner Einigung kommen sollte. miba/Foto: Wacker

„Integration hilft gegen Jugendkriminalität“

Präventive Projekte sollen benachteiligte Familien unterstützen / Bildungsangebote für Jung und Alt

Von unserem Redaktionsmitglied Claudia Kraus

Das Familienzentrum Au liegt in einem Stadtteil, in dem zwei Drittel der Schulkinder einen Migrationshintergrund haben und in dem es mehr als ein Drittel allein Erziehende gibt. Es gilt als benachteiligter Stadtteil. „Die Jugendlichen hier identifizieren sich über die Benachteiligung“, weist Doris Winter, Geschäftsführerin im Familienzentrum Au, auf eine folgenschwere Problematik hin: „Sie schöpfen daraus Selbstbewusstsein, aber es führt gleichzeitig zu ihrer Ausgrenzung.“

Die Ausgrenzung einzelner Gruppen zu verhindern und benachteiligte Familien zu unterstützen – das sind die zentralen Aufgaben des vor gut fünf Jahren eröffneten Familienzentrums Au. Mit ihm ziehen weitere Pforzheimer Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands an einem Strang: Der Kinderschutzbund oder der Bezirksverein für soziale Rechtspflege etwa. Beim Pressegespräch im Familienzentrum gestern zusammen

mit dem Landesgeschäftsführer des Paritätischen, Hansjörg Böhringer, warben die verschiedenen Träger für ihr Anliegen – und für mehr Unterstützung. „Kriminalität von Jugendlichen kann verhindert werden, durch Prävention und durch Integration“ ist die klare Meinung aller Beteiligten. Leute, die ihr Handwerk verstehen, arbeiten sie doch seit Jahren mit den Betroffenen zusammen. „Es ist nicht bestreitbar, dass ein beträchtlicher Anteil jugendlicher Straftäter einen Migrationshintergrund hat“, erklärt Böhringer, als Nachtrag zu der Anfang des Jahres in Hessen ausgelösten Diskussion über das Thema Jugendkriminalität. Und mit seinen Mitstreitern analysiert Böhringer auch die Gründe dafür: „Diese Jugendlichen sind im deutschen Bildungssystem und am Arbeitsmarkt benachteiligt.“ Einen Ausweg aus dieser Sackgasse gebe es nur durch flächendeckende Integrations- und Prä-

ventionsangebote. Böhringer berichtete von zwei landesweiten Projekten: dem „Nachsorgeprojekt Chance“ für junge Straftatene und dem Projekt „Schwitzen statt Sitzen“. Hubertus Welt (Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim) schilderte wiederum die Erfahrungen eines Camps, bei dem junge, straffällige Spätaussiedler, Muslime und ihre Betreuer vier Tage zusammen verbrachten. „Sie waren dort ganz aufeinander angewiesen.“ Die jungen Leute lernten, die jeweiligen kulturellen Werte des Anderen zu akzeptieren. Rund 130 Jugendliche nehmen jährlich an Täter-Opfer-Ausgleich, Coolness-Training und anderen Kursen des Rechtspflegevereins teil. Den Projekten gemeinsam ist ihr Erfolg: „Solche Angebote sind wirksame Mittel gegen Gewalt und kriminelle Karrieren“, sagt Welt.

Die Angebote im Familienzentrum Au richten sich an Familien mit Benachteiligungen

und Familien in Notlagen. „Diese sind in erster Linie von Arbeitslosigkeit, Erkrankung, Trennung und Gewalterfahrung betroffen“, erklärt Geschäftsführerin Winter. Eine ganze Reihe von Kursen dient der Bildungs- und Sprachförderung von Kindern aus Migrantenfamilien. Dabei ist es wichtig, die Zugangsschwelle niedrig zu halten: „Jeder soll sich wohl fühlen und man muss sich nicht anmelden.“

Wie die Bezeichnung nahe legt, setzen die Angebote des Kinderschutzbunds zur „frühen Förderung“ schon früher in der Lebensbiografie der Menschen an: Etwa die mit der Caritas gemeinsam angebotene Familienhebammenhilfe. „Frühe Hilfen müssen gesetzlich verankert sein“, fordert Doris Möller-Espe vom Kinderschutzbund. Es gehe nicht um sozialen Status, sondern um die soziale Teilhabe. „Und die kostet Geld“, erklärte Böhringer. Viele Angebote können nicht und schon gar nicht dauerhaft umgesetzt werden, weil es daran mangelt. „Wir könnten mehr machen und würden es gerne – wenn wir mehr Geld hätten.“ So müsse man Klinkenputzen und Spenden sammeln.

Soziale Teilhabe kostet Geld



IM FAMILIENZENTRUM AU gibt es zahlreiche Angebote für Jung und Alt, zum Beispiel Sprachförderung für Kinder wie Erwachsene. Zwei Drittel der Schulkinder dort haben einen Migrationshintergrund. Foto: Zäpfel

Auf einen Blick

Besorgte Stadtsynode

Pforzheim. Die Stadtsynode treibt die Sorge um das Schlossbergzentrum und die offene Jugendarbeit um. Geldhähne werden zugedreht, um die Kirchenfinanzen der Pforzheimer Protestanten steht es ebenfalls nicht zum Besten. (Seite 15)

Kochende Integration

Pforzheim. Der Verein „Bürger für Oststadt“ hat im Stadtteilgespräch mit Politikern unter anderem einen internationalen Kochklub angeregt, bei dem man mit ausländischen Mitbürgern am Herd warm werden könnte. (Seite 15)

Neue Wahlverfassung

Kämpfelbach. Der Gemeinderat von Kämpfelbach hat mit vier gegen sechs Stimmen die Abschaffung der so genannten unechten Teilortswahl beschlossen. Die Antragsgegner befürchteten Nachteile für Bilfinger. (Seite 17)

Autodiebe gefasst

Neuhausen. Die Polizei hat drei jugendliche Autodiebe ermittelt. Sie waren in Döbel und Hamberg aktiv, kommen aber auch als Urheber weiterer Straftaten in Frage. Der mit 18 Jahren älteste der Täter sitzt in Untersuchungshaft. (Seite 19)

Britischer Botschafter bei Gedenkveranstaltung

PK – Auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Gunther Krichbaum wird der britische Botschafter, Sir Michael Arthur, vom 22. bis zum 24. Februar Pforzheim und den Enzkreis besuchen. Zentraler Programmpunkt ist die Teilnahme an der offiziellen Gedenkfeier anlässlich des Jahres-

tags der Zerstörung Pforzheims durch einen Luftangriff im Zweiten Weltkrieg.

Daneben nutzt der Botschafter die Gelegenheit, sich über die Pforzheimer Schmuck- und Uhrenindustrie zu informieren und die Schmuckwelten zu besuchen. Ebenfalls steht ein Besuch des Klosters Maulbronn auf dem Programm. Sir Michael Arthur wird darüber hinaus mit regionalen Wirtschaftsvertretern zu einem Gespräch zusammentreffen.

Bei Rot über die Straße und von Auto erfasst

PK – Schwer verletzt worden ist ein Fußgänger bei einem Unfall am Montagmorgen in der Wurmberger Straße, der die Fahrbahn trotz Rotlichts betrat. Wie die Polizei mitteilt, fuhr ein 60-jähriger Pkw-Fahrer um 6 Uhr in Richtung Pforzheim. An der Ampelanlage im Altgefall fuhr er bei Grünlicht für

ihn weiter und erfasste dann den 59-jährigen Mann, der die Fußgängerfurt auf der Wurmberger Straße von Süden nach Norden hin trotz des Rotlichts überqueren wollte.

Der Mann wurde von dem Fahrzeug erfasst und blieb dann verletzt auf der Fahrbahn liegen.

Nach einer Erstversorgung noch an der Unfallstelle wurde er in ein Krankenhaus gebracht. Es entstand ein Sachschaden von rund 1 500 Euro.